

Stellungnahme des Vorstandes des Landeselternausschusses für Kitas Rheinland-Pfalz (LEA RLP) zum Koalitionsvertrag von CDU und SPD

Kinder in den Mittelpunkt: Ein kinderfreundliches Rheinland-Pfalz braucht starke Kitas

Der neue Koalitionsvertrag von CDU und SPD setzt an mehreren Stellen wichtige und richtige Signale für Familien, Bildung und frühkindliche Förderung. Besonders positiv hervorzuheben ist das erklärte Ziel der Koalition, Rheinland-Pfalz zum kinderfreundlichsten Bundesland zu machen. Kinderfreundlichkeit zeigt sich jedoch nicht in einzelnen Maßnahmen und Leistungsorientierung, sondern darin, ob politische Entscheidungen konsequent aus der Perspektive von Kindern gedacht werden, und zwar in Bildung, Betreuung, Teilhabe und sozialer Gerechtigkeit.

Dass Bildung und „starke Familien“ im Koalitionsvertrag insgesamt einen hohen Stellenwert erhalten, begrüßen wir ausdrücklich. Kitas und Schulen werden als Orte beschrieben, die Kinder und ihre Entwicklung in den Mittelpunkt stellen. Entscheidend wird jedoch sein, dieses Leitbild auch konsequent in politischen Entscheidungen umzusetzen. Kinder müssen tatsächlich im Mittelpunkt stehen und nicht Verwaltungslogiken oder rein leistungsorientierte Erwartungen. Zudem sind Kitas und Schulen längst nicht mehr nur Bildungsorte, sondern auch zentrale Lebensorte von Kindern, an denen sie einen großen Teil ihres Alltags verbringen. Gerade deshalb darf frühkindliche Bildung nicht zunehmend unter dem Blickwinkel schulischer Verwertbarkeit betrachtet werden.

Den Kindertagesstätten kommt für die im Koalitionsvertrag vielfach angesprochene Demokratiebildung eine Schlüsselrolle zu. Sie sind oft die ersten Orte gesellschaftlicher Teilhabe, des sozialen Lernens und demokratischer Erfahrungen. Viele Kinder und Familien erleben demokratische Teilhabe und Mitbestimmung erstmals im Kontakt mit

Bildungsinstitutionen – oder erfahren dort Ausgrenzung, fehlende Beteiligung und mangelnde Mitsprache. Demokratiebildung bedeutet dabei auch, Elternmitwirkung auf Augenhöhe ernst zu nehmen und echte Beteiligung zu ermöglichen. Umso mehr bedauern wir, dass Elternmitwirkung und Beteiligungsrechte von Familien im Koalitionsvertrag keine ausdrückliche Erwähnung finden. Gerade eine demokratische Bildungskultur setzt voraus, dass Eltern als wichtige Partner ernst genommen und aktiv einbezogen werden.

Sehr positiv bewerten wir das klare Bekenntnis zu verlässlichen Kita-Angeboten, zur Sprachförderung sowie zur Beitragsfreiheit. Insbesondere die Beitragsfreiheit ist ein starkes Signal für Chancengerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe. Dass inzwischen auch die CDU diesen Weg mitträgt, zeigt, wie wichtig gleiche Bildungschancen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern geworden sind.

Auch die angekündigte Ausweitung der Sprachförderung weist in die richtige Richtung, vorausgesetzt, sie setzt auf qualifiziertes Personal, alltagsintegrierte Förderung und gute Rahmenbedingungen statt auf zusätzlichen Druck auf Kinder und Familien. Sprachförderung darf nicht vor allem unter dem Aspekt späterer schulischer Leistungsfähigkeit verstanden werden, sondern muss sich an den individuellen Entwicklungsbedürfnissen der Kinder orientieren.

Ausdrücklich begrüßen wir die Ankündigung im Koalitionsvertrag, ein Programm zur kulturellen Bildungsplanung auf den Weg zu bringen. Frühkindliche kulturelle Bildung ist von großer Bedeutung. Kulturelle Bildung stärkt Persönlichkeit, soziale Kompetenzen, Teilhabe und demokratisches Verständnis und muss deshalb von Anfang an als selbstverständlicher Bestandteil guter Bildung mitgedacht werden.

Kritisch sehen wir allerdings, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) im Koalitionsvertrag keine Berücksichtigung findet. Zukunftsfähige Bildung bedeutet heute auch, Kinder früh dabei zu begleiten, ihre Umwelt bewusst wahrzunehmen, Verantwortung zu übernehmen und gesellschaftliche Zusammenhänge zu verstehen. Kitas leisten hierzu bereits vielerorts wichtige Arbeit. Umso wichtiger wäre ein klares

politisches Signal gewesen, BNE als festen Bestandteil frühkindlicher Bildung weiter auszubauen und zu fördern.

Richtig ist aus unserer Sicht, dass Kommunen gestärkt werden sollen. Gerade vor Ort entscheidet sich die Qualität frühkindlicher Bildung etwa bei Bedarfsplanung, Kita-Ausbau oder der personellen Ausstattung. Hier brauchen Städte und Gemeinden dauerhaft ausreichende Unterstützung und verlässliche Rahmenbedingungen.

Nicht berücksichtigt wird im Koalitionsvertrag jedoch die Frage der Trägerqualität. Dabei ist sie mitentscheidend für verlässliche und bedarfsgerechte Bildung, Erziehung und Betreuung sowie für die Umsetzung gesetzlicher Vorgaben und echter Elternmitwirkung. Wo Träger ihren Verpflichtungen nicht ausreichend nachkommen, fehlen wirksame Handlungsmöglichkeiten für die Aufsichtsbehörden. Aus Gründen der Professionalisierung, der Qualitätssicherung und des Kinderschutzes braucht es hier aus unserer Sicht verbindlichere Standards und wirkliche Konsequenzen bei wiederholten Verstößen.

Dass die Politik der nächsten Jahre „an den Lebensrealitäten unserer Familien“ ausgerichtet werden soll, ist ausdrücklich zu begrüßen. Familien leben heute in sehr unterschiedlichen Lebenssituationen. Deshalb braucht es flexible, familienorientierte Lösungen statt starrer Vorgaben. Dabei darf der Bedarf an Kita-Plätzen jedoch nicht allein unter dem Gesichtspunkt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf betrachtet werden. Kitas erfüllen weit mehr Funktionen: Sie sind Bildungsorte, Orte sozialer Teilhabe, frühe Unterstützungsstrukturen für Familien und wichtige Räume für kindliche Entwicklung, Sprachbildung und Integration. Der Bedarf an einem Kita-Platz entsteht deshalb aus vielen unterschiedlichen familiären und gesellschaftlichen Gründen.

Die angekündigte Kinderschutzstrategie für Rheinland-Pfalz ist ein wichtiges und notwendiges Signal. Wirksamer Kinderschutz braucht verbindliche Strukturen, klare Verantwortlichkeiten und eine gute Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen. Gleichzeitig besteht auch im Bereich der Kitas weiterhin Verbesserungsbedarf, insbesondere bei Prävention, Schutzkonzepten, personellen Ressourcen und

verbindlichen Qualitätsstandards. Kinderschutz muss in allen Bereichen konsequent mitgedacht und nachhaltig gestärkt werden. Kinder brauchen dafür sichere Entwicklungsräume und dürfen nicht bereits in frühen Jahren einem zunehmenden Leistungs- und Erwartungsdruck ausgesetzt werden – auch das gehört aus unserer Sicht zu gelebtem Kinderschutz.

Äußerst kritisch sehen wir deshalb die starke Betonung des Leistungsbegriffs an mehreren Stellen des Koalitionsvertrags und das stark leistungsorientierte Bildungsverständnis. Bildungsgerechtigkeit darf nicht vor allem daran gemessen werden, ob Kinder möglichst früh bestimmte Leistungen erbringen. Gerade in der frühen Bildung birgt ein zu starker Fokus auf Leistung erhebliche Risiken: Kinder werden schneller defizitorientiert betrachtet, Entwicklungsunterschiede problematisiert und Familien zusätzlich unter Druck gesetzt.

Leistungsdruck verstärkt häufig soziale Ungleichheiten, statt sie abzubauen. Kinder entwickeln sich unterschiedlich schnell und brauchen Zeit, stabile Beziehungen, individuelle Förderung und emotionale Sicherheit und nicht immer neue Erwartungen und Druck. Frühkindliche Bildung darf sich deshalb nicht primär an Leistungsfähigkeit orientieren, sondern muss die individuelle Entwicklung, Teilhabe und das Wohlbefinden jedes Kindes in den Mittelpunkt stellen. Leistung und Bildungsgerechtigkeit stehen in der Praxis eher in Spannung zueinander, als dass sie selbstverständlich im Einklang wären.

Besonders kritisch sehen wir vor diesem Hintergrund die Pläne für ein verpflichtendes Vorschuljahr mit Fokus auf sogenannte „Vorläuferkompetenzen“. Tatsächlich besuchen die meisten Kinder bereits heute eine Kita, die Probleme beim Schulstart bestehen trotzdem. Die vorhandenen Defizite liegen also nicht in einer mangelnden Verpflichtung der Familien, sondern häufig in unzureichenden Rahmenbedingungen: Personalmangel, zu große Gruppen, fehlende Zeit für individuelle Förderung und mangelnde Unterstützungssysteme. Gerade vor diesem Hintergrund halten wir es für problematisch, die Antwort vor allem in zusätzlichen Verpflichtungen und höheren Leistungserwartungen an Kinder zu suchen.

Wer weiß, was Vorläuferkompetenzen tatsächlich sind, weiß auch, dass sie sich nicht kurzfristig im letzten Kita-Jahr vermitteln lassen. Sie entwickeln sich über viele Jahre hinweg in vertrauensvollen, stabilen Bildungsbeziehungen. Frühkindliche Bildung ist kein kurzfristiges Training für Schule, sondern ein langfristiger Entwicklungsprozess.

Problematisch ist zudem, dass Familien aufgrund fehlender Plätze und eines vielfach eingeschränkten Wunsch- und Wahlrechts oft kaum Einfluss darauf haben, welche Einrichtung ihr Kind besucht. Mit einer Verpflichtung würde sich diese Situation zusätzlich verschärfen, weil Familien dann noch weniger Möglichkeiten hätten, sich gegen eine Betreuungssituation zu entscheiden, die für ihr Kind nicht passend ist.

Die angekündigte Novellierung des KiTa-Gesetzes ist notwendig und ohnehin vorgesehen. Allerdings wäre bei zentralen Punkten ein früherer Zeitpunkt der Überarbeitung wünschenswert. Richtig ist, dass Leitungsdeputate, das Sozialraumbudget und die Kita-Sozialarbeit dabei „im Blick behalten werden“ sollen. Was jedoch auffällt: Der Personalschlüssel wird nicht ausdrücklich benannt. Dabei ist gerade dieser entscheidend für Bildungsqualität, individuelle Förderung, Inklusion und Entlastung der Fachkräfte. Wir hätten uns gewünscht, dass es eine klare Verpflichtung gibt, den Personalschlüssel perspektivisch anzuheben und so die Rahmenbedingungen in den Kitas für alle deutlich zu verbessern. Dies nicht zu tun ist ein fatales Signal gegenüber Familien und Fachkräften. Aufgrund des prognostizierten weiteren Geburtenrückgangs, kommt es bereits unnötigerweise zu Kita-Schließungen, auch in Rheinland-Pfalz. Allerspätestens jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, endlich in größeren Schritten die fachlichen Standards auszubauen. Ansonsten ist die nächste Betreuungskrise schon vorprogrammiert.

Auch beim Thema Inklusion bleibt der Koalitionsvertrag hinter modernen Ansätzen zurück. Die Formulierung „im Regel- wie im inklusiven Bereich“ trennt zwischen vermeintlich „normalen“ und „inkluisiven“ Angeboten. Ein solches Verständnis wird echter Inklusion nicht gerecht. Inklusion darf kein Sonderbereich sein, sondern muss selbstverständlicher Bestandteil aller Bildungsorte sein.

Wir sehen im Koalitionsvertrag wichtige und richtige Ansätze für Familien, Bildung und frühkindliche Förderung. Gleichzeitig braucht es bei zentralen Fragen – insbesondere beim Leistungsverständnis, beim Personalschlüssel, bei Inklusion, bei der Trägerqualität und verpflichtenden Vorschulmodellen – noch deutliche Nachbesserungen.

Der neuen Bildungsministerin Ute Eiling-Hütig bieten wir eine konstruktive Zusammenarbeit an. Gute Bildungspolitik gelingt nur gemeinsam. Gerade die frühkindliche Bildung braucht jetzt einen offenen Dialog, mutige Investitionen und Entscheidungen, die sich konsequent am Wohl der Kinder orientieren. Entscheidend wird dabei sein, frühkindliche Bildung nicht vor allem unter schulischen Leistungsanforderungen zu betrachten, sondern die individuellen Entwicklungsbedürfnisse von Kindern ernst zu nehmen. Der Vorstand des LEA RLP hat hier in der Vergangenheit stets fachlich kompetent und auf Augenhöhe mitgewirkt. Die Elternmitwirkung in Rheinland-Pfalz und vor allem ihre Akzeptanz als wichtiger Partner der Landesregierung waren deutschlandweit beispielhaft. Genau an diesem Punkt wollen wir anknüpfen und weitermachen.